

**Gerhard Lehner**

# Bundsvoranschlag 1993 setzt Budgetkonsolidierung fort

**Der Bund beabsichtigt 1993 das Nettodefizit auf 2,7% des BIP zu verringern. Der wachsende Primärüberschuß ermöglicht außerdem den Anteil der Finanzschuld am BIP zu stabilisieren. Der Voranschlag 1993 ist durch eine zurückhaltende Ausgabensteigerung geprägt. Die Steuerquote bleibt konstant.**

**D**er Bundsvoranschlag 1993<sup>1)</sup> ist von der *mittelfristigen Zielsetzung* der Budgetkonsolidierung, des weiteren Abbaus des Nettodefizits, geprägt. Das Nettodefizit ist für 1993 mit 59,6 Mrd. S präliminiert, das entspricht 2,7% des Bruttoinlandsproduktes. Diese Quote deckt sich mit den Vorstellungen, die im Arbeitsübereinkommen der beiden Regierungsparteien für die laufende Legislaturperiode enthalten sind.

**Erstmals im Konsolidierungszeitraum ist der Bundeshaushalt mit einer Konjunkturabschwächung konfrontiert.**

Erstmals im Konsolidierungszeitraum ist der Bundeshaushalt mit einer Konjunkturabschwächung konfrontiert. Die vorliegende Beschreibung des Bundsvoranschlags erfolgt daher unter zwei Aspekten: Wie beeinflusst, erstens, der Bundeshaushalt die Konjunktur, und wie entspricht, zweitens, der Bundsvoranschlag 1993 dem mittelfristigen Konsolidierungskurs? In diesem Zusammenhang sind vor allem Veränderungen in der Struktur der Ausgaben und Einnahmen maßgeblich, zumal die Defizitquote nach 1994 nicht wieder steigen soll, um den Ansprüchen der Konvergenzkriterien nach dem Vertrag von Maastricht zu entsprechen. Diese internationalen Regelungen beziehen sich auf den gesamten öffentlichen Sektor. Daher werden die Transferzahlungen des Bundes an die anderen Träger öffentlichen Rechts besonders dargestellt.

Der Bundeshaushalt 1993 weist einige formale Änderungen auf, die im

Vergleich der Einnahmen und Ausgaben mit den Vorjahren zu beachten sind. Die Gründung der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) erhöht die Einnahmen des Voranschlags im nächsten Jahr um etwa 0,87 Mrd. S (ohne Liegenschaftstransaktionen) und die Ausgaben um mehr als 1,1 Mrd. S. Durch eine Novelle zum Bundeshaushaltsgesetz (BHG) müs-

sen ferner die Ausgaben im Zusammenhang mit Tilgungen von Schulden, für die der Bund die Haftung übernommen hat, im Ausgleichshaushalt verrechnet werden. Dadurch müssen Tilgungszahlungen für ÖIAG-Kredite in Höhe von 1,5 Mrd. S im nächsten Jahr vom Allgemeinen Haushalt in den Ausgleichshaushalt überstellt werden.

Aus einem Vergleich der *Budgetprognose*, die im Juni von der Regierung dem Parlament übermittelt wurde, mit dem Voranschlag zeigen sich der Einfluß der Konjunktur und die Wirkungen diskretionärer Maßnahmen. Für 1993 hätte die mittelfristige Prognose ein Nettodefizit von mehr als

**Der Bundsvoranschlag 1993**

**Übersicht 1**

	1991 Erfolg	1992 Schätzung	1993 Bundes- voranschlag	1992/93 Veränderung
	Mrd. S			In %
<i>Allgemeiner Haushalt</i>				
Ausgaben	619,9	656,5	682,6	+ 4,0
Einnahmen	557,2	589,2	623,0	+ 5,7
Saldo	-62,7	-67,3	-59,6	-11,4
<i>Ausgleichshaushalt</i>				
Ausgaben	59,0	77,3	107,2	+ 38,7
Einnahmen	121,7	144,6	166,8	+ 15,4
Saldo	+ 62,7	+ 67,3	+ 59,6	-11,4

**Bundsvoranschlag und Budgetprognose 1993**

**Übersicht 2**

	Budgetprognose	Bundsvoranschlag	Differenz
	Mrd. S		
<i>Allgemeiner Haushalt</i>			
Ausgaben	682,6	682,6	± 0,0
Einnahmen	597,3	623,0	+ 25,7
Nettodefizit	85,3	59,6	-25,7

<sup>1)</sup> Diesem Aufsatz liegt die Regierungsvorlage des Bundesfinanzgesetzes 1993 zugrunde. Änderungen, die sich in den parlamentarischen Beratungen ergeben konnten, nicht mehr berücksichtigt werden.

**Der Bundesvoranschlag im Überblick**

Der *Bundesvoranschlag 1993* sieht im Allgemeinen Haushalt Ausgaben von 682,6 Mrd. S und Einnahmen von 623,0 Mrd. S vor. Der *Ausgleichshaushalt* enthält Ausgaben von 107,2 Mrd. S und Einnahmen von 166,8 Mrd. S. Die Ausgaben im Ausgleichshaushalt umfassen Finanzschuldtilgungen von 57,3 Mrd. S, Rückzahlungen von Kassenstärkern in Höhe von 35,0 Mrd. S Tilgungen im Zusammenhang mit den Schuldenaufnahmen der ÖIAG von 1,5 Mrd. S sowie Ausgaben aus Währungstauschverträgen von 13,4 Mrd. S. Die Einnahmen im Ausgleichshaushalt bestehen aus Kreditaufnahmen in Höhe von 118,8 Mrd. S, Aufnahmen von Kassenstärkern (35,0 Mrd. S) sowie Einnahmen im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen von 13,0 Mrd. S.

Wie in den Vorjahren ist auch für 1993 ein *Konjunkturausgleichshaushalt* vorgesehen, der Ausgaben von insgesamt 5,7 Mrd. S enthält; 2,4 Mrd. S davon entfallen auf die Stabilisierungsquote und 3,3 Mrd. S auf die Konjunkturbelebungsquote.

85 Mrd. S ergeben. Im Zuge der Budgeterstellung konnte daher der Abgang um mehr als 25 Mrd. S verringert werden. Diese Verbesserung ist einerseits einer geringeren Ausgabenausweitung und andererseits Mehreinnahmen zu danken. Die Ausgaben nehmen im Voranschlag für das nächste Jahr um 4% zu, in der Prognose war noch mit +5,1% gerechnet worden. Auf der Einnahmenseite wirken sich vor allem die geplanten Veräußerungserlöse aus.

**Bundesvoranschlag 1993 stützt mittelfristige Zielsetzungen**

Der Voranschlag ist vor dem Hintergrund des Vollzugs 1992 und des voraussichtlichen Ergebnisses zu beurteilen. Nach dem Stand von Anfang Oktober ist es möglich, daß heuer erstmals seit 1986 das geplante Defizit im Vollzug überschritten wird. Zwar sind im laufenden Jahr Steuer-Mehreinnahmen zu erwarten, die geplanten Vermögensveräußerungen konnten aber heuer größtenteils nicht realisiert werden. Insgesamt ist daher für 1992 nur mit geringen Mehreinnahmen zu rechnen. Auf der Ausgabenseite sind vor allem Überschreitungen der Personalausgaben, aber auch im Transferbereich zu erwarten, weil die Arbeitslosigkeit höher ist als ursprüng-

lich prognostiziert. Zusätzliche Ausgaben erfordern auch die Exporthaftungen. Aus dem Budgetüberschreitungs-gesetz ergeben sich zusätzliche Ausgaben von rund 4 Mrd. S; ein erheblicher Teil davon ist aufgrund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes für den klinischen Mehraufwand der Universitätskliniken zu leisten. Ausgabeneinsparungen sind 1992 vor allem aus den Zinsen für die Finanzschuld und den Aufwendungen für Beteiligungen zu erwarten.

**1993 wird der Bundeshaushalt annähernd konjunkturneutral wirken.**

Der *BIP-relevante Saldo* läßt erkennen, daß 1992 vom Bundeshaushalt *restriktive* Effekte ausgehen, obwohl der Nettoabgang steigt. Der vermutete Anstieg des Nettodefizits ergibt sich weitgehend aus dem Saldo der vermögenswirksamen Transaktionen: Sie weisen heuer einen Abgang auf, wogegen im Vorjahr (1991) noch ein Überschuß erzielt wurde. Das zeigt, daß die Entzugseffekte der Einnahmen heuer stärker wirken.

Für 1993 bleibt der BIP-relevante Saldo im Vergleich zu 1992 nahezu unverändert. Der Abbau des Nettoab-

gangs ist ausschließlich den geplanten Vermögenstransaktionen zu danken. Dadurch würde 1993 der Bundeshaushalt annähernd *konjunkturneutral* wirken. Möglicherweise unterschätzen aber die Saldenveränderungen die Wirkungen des Bundeshaushalts im Jahr 1993, weil die erhöhte Kapitalertragsteuer auf Zinsen zeitlich verschobene Entzugseffekte aufweist und daher die (positiven) Impulse des Bundeshaushalts insgesamt stärker sind, als die „reine“ Saldenbetrachtung vermuten ließe.

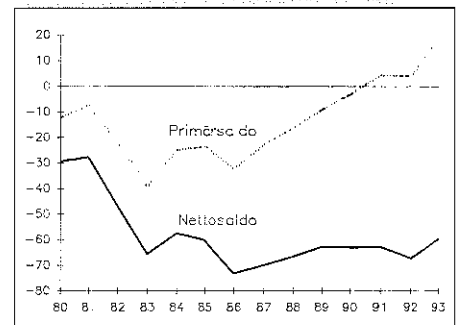
Neben der Neuverschuldung (Nettodefizit) ist der Anteil der gesamten öffentlichen Finanzschuld am Brutto-Inlandsprodukt ein zweites wichtiges Kriterium zur Beurteilung der Finanzpolitik gemäß dem Protokoll zu Art 104B des Vertrages von Maastricht. Diese Quote darf 60% nicht übersteigen. In diesem Zusammenhang spielt der „Primärsaldo“ (Nettosaldo abzüglich Zinszahlungen) die entscheidende Rolle. Wenn die Zinssätze höher sind als die nominelle Wachstumsrate des BIP, ist ein Überschuß dieses Primärsaldos notwendig, um die Quote der Finanzschuld zum BIP (zumindest) konstant zu halten. Für 1992 zeigt sich ein Primärüberschuß im Bundeshaushalt von rund 4 Mrd. S, der sich 1993 auf mehr als 18 Mrd. S erhöht. Obwohl 1992 wie auch 1993 das Zinsniveau höher ist als die nominelle Wachstumsrate des BIP, ermöglicht der Überschuß im Primärsaldo eine konstante Quote der Finanzschuld zum BIP. Sie liegt sowohl 1991 als auch 1992 und 1993 bei rund 49%. Der Primärüberschuß vergrößert daher mittelfristig den Budgetspielraum.

**Komponenten des Budgetsaldos**

**Übersicht 3**

	1989	1990 Erfolg	1991	1992 Schätzung	1993 Bundesvoranschlag
	Mrd. S				
Saldo laufender Transaktionen	-38,7	-28,0	-44,2	-35,2	-35,5
Investitionen	-25,3	-26,8	-25,6	-28,4	-28,3
BIP-relevanter Saldo	-64,0	-54,8	-69,8	-63,6	-63,7
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen	+ 1,3	- 8,1	+ 7,1	- 3,7	+ 4,1
Saldo Allgemeiner Haushalt	-62,7	-62,9	-62,7	-67,3	-59,6

**Budgetsalden** *Abbildung 1*  
Mrd. S



**Der Primärsaldo (Nettodefizit minus Ausgaben für Zinsen) weist seit 1991 einen wachsenden Überschuß auf.**

**Ausgaben- und Einnahmenquoten**

Übersicht 4

**Allgemeiner Haushalt**

	1988	1989	1990	1991	1992	1993
		Erfolg			Schätzung	Bundesvoranschlag
	in % des Brutto-Inlandsproduktes					
<b>Ausgaben</b>	33,1	32,3	31,5	32,3	32,1	31,4
Erstellung von Leistungen	12,7	12,3	12,1	12,0	12,2	11,9
Personalaufwand	7,8	7,7	7,5	7,6	7,6	7,4
Investitionen	1,6	1,5	1,5	1,3	1,4	1,3
Laufender Sachaufwand und Erwerb von Liegenschaften	3,3	3,2	3,0	3,0	3,2	3,2
Umverteilung	10,5	10,1	9,7	9,9	9,9	9,7
Finanzierung	9,9	10,0	9,7	10,4	10,0	9,8
Zinsen	3,2	3,5	3,7	3,9	3,9	4,0
Sonstige	6,7	6,4	6,1	6,5	6,1	5,8
<b>Einnahmen</b>	28,8	28,6	28,0	29,1	28,8	28,7
Steuern (netto)	15,8	15,4	15,8	16,2	16,5	16,5
Steuerähnliche Einnahmen	4,4	4,2	4,1	3,9	4,2	4,2
Betriebseinnahmen	4,9	4,7	4,6	4,4	4,4	4,3
Sonstige	3,7	4,2	3,5	4,5	3,7	3,7
<b>Nettodefizit</b>	4,2	3,8	3,5	3,3	3,3	2,7

Der Anteil der sonstigen Einnahmen entspricht trotz der geplanten Vermögensveräußerungen mit 3,7% dem langjährigen Durchschnitt.

Die Verringerung der Ausgabenquote hat sich langfristig vor allem auf die Erstellung von Leistungen und die Transfers ausgewirkt, wogegen die Finanzierungsausgaben zwischen 1988 und 1991 den Abbau der Ausgabenquote hemmten. In den Jahren 1992/93 stützt sich hingegen die zurückhaltende Ausgabenquote zunehmend auf die Finanzierungsausgaben. Dazu hat auch beigetragen, daß die Quote der Finanzschuldzinsen, die zwischen 1988/1991 noch kräftig stieg, sich nunmehr stabilisiert. In den übrigen Finanzierungsausgaben zeigt sich ebenfalls eine größere Zurückhaltung.

Mittelfristig sind die Veränderungen in den Einnahmen-Ausgabenquoten für die Einschätzung der Budgetkonsolidierung wichtig. Seit 1988 ist die Quote des Nettodefizits (gemessen am

Ausgaben wieder schwächer als das Brutto-Inlandsprodukt

Die Aufgliederung der Einnahmenquote läßt erkennen, daß nach der Steuerreform 1988 die Steuerquote (erwartungsgemäß) wieder gestiegen ist, aber diese Zunahme gerade ausreichte, den unterdurchschnittlichen Anstieg der Betriebseinnahmen und der sonstigen Einnahmen zu kompensieren. Vor allem die sonstigen Einnahmen zeigen eine sehr sprunghafte Entwicklung. Sie läßt aber auch erkennen, daß der Beitrag dieser Einnahmenkomponente zur Konsolidierung geringer ist, als vielfach vermutet wird. Das gilt vor allem für 1993:

In der Erstellung von öffentlichen Leistungen, aber auch für die Transfers dürfte der Rückgang der Quote eine Untergrenze erreicht haben. Diese Verlagerung der Konsolidierung zu den Finanzierungsausgaben ist daher besonders unter mittelfristigen Aspekten wichtig.

Die Budgetkonsolidierung hat sich in den einzelnen Aufgabenbereichen recht unterschiedlich ausgewirkt. Zwischen 1988 und 1991 haben neben den Sozialausgaben auch die Ausgaben für den sonstigen Verkehr (Bahn und Post) sowie die Bereiche „Straßen“ und „Land- und Forstwirtschaft“

**Der wachsende Überschuß im Primärsaldo ermöglicht eine konstante Quote der Finanzschuld zum BIP.**

Brutto-Inlandsprodukt) von 4,2% (1988) auf 2,7% (Bundesvoranschlag 1993) gesunken. Der Abbau des Defizits erfolgt von der Ausgabenseite: Die Ausgaben stiegen im Durchschnitt der Jahre 1988/1993 mit +5,7% merklich schwächer als das nominelle BIP (+6,8%). Die Ausgabenquote sank dadurch von 33,1% (1988) auf 31,4% (1993). Die Einnahmenquote blieb hingegen weitgehend konstant.

**Die Budgetkonsolidierung seit 1988**

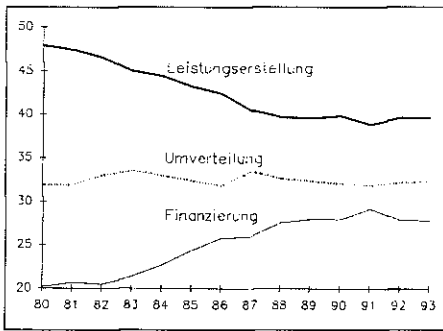
Im Zeitablauf ergibt sich folgendes Bild: Im ersten Abschnitt des Konsolidierungszeitraums (1988/1990) sank sowohl die Ausgaben- als auch die Einnahmenquote. 1991 schien sich das Bild zu ändern, die Einnahmenquote stieg sprunghaft und ermöglichte einen kräftigen Anstieg der Ausgabenquote. 1992/93 geht jedoch die Einnahmenquote wieder zurück, und auch der Rückgang der Ausgabenquote setzt sich weiter fort. Heuer und im nächsten Jahr steigen die

**Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen**

Übersicht 5

	1988	1989	1990	1991	1992	1993
		Erfolg			Schätzung	Bundesvoranschlag
	in % der Gesamtausgaben					
Erziehung und Unterricht	8,5	8,5	8,6	8,5	8,6	8,7
Forschung und Wissenschaft	3,5	3,5	3,4	3,7	3,9	3,9
Kunst	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,2
Kultus	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Gesundheit	0,8	0,8	0,9	1,1	1,0	1,0
Soziale Wohlfahrt	25,3	24,9	23,9	23,5	24,3	24,4
Wohnungsbau	3,2	3,1	3,3	3,3	3,5	3,5
Straßen	2,9	2,7	2,6	2,4	2,4	2,3
Sonstiger Verkehr	18,8	18,4	18,6	17,7	17,3	17,3
Land- und Forstwirtschaft	2,8	2,4	2,5	2,6	2,7	2,8
Energiewirtschaft	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industrie und Gewerbe	4,0	3,6	3,1	4,1	3,6	3,1
Öffentliche Dienstleistungen	1,0	1,0	0,8	0,6	0,5	0,4
Private Dienstleistungen	0,8	0,8	1,0	0,8	0,8	0,8
Landesverteidigung	3,3	3,4	3,2	3,0	2,8	2,8
Staats- und Rechtssicherheit	3,0	3,0	3,1	3,1	3,0	3,2
Übrige Hoheitsverwaltung	21,0	22,8	23,8	24,5	24,3	24,3
Pensionen	7,7	7,6	7,9	7,8	7,9	7,9
Zinsen	9,7	10,9	11,6	12,0	12,6	12,6
Übrige	3,6	4,1	4,3	4,6	3,9	3,8
<b>Ausgaben Allgemeiner Haushalt</b>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

**Ausgabenstruktur** *Abbildung 2*  
Anteile in %



Die Struktur der Ausgaben in ökonomischer Gliederung ist seit einigen Jahren recht stabil.

an Bedeutung im Bundeshaushalt verloren. Andererseits erschwerten in dieser Periode der stark steigende Zinsaufwand und die sonstigen Ausgaben im Bereich „übrige Hoheitsverwaltung“ die zurückhaltende Ausgabenpolitik.

**Verschiebungen in den Ausgaben**

Seit 1991 nehmen hingegen die Sozialausgaben wieder stärker zu (die Einführung des Anspruchs auf ein zweites Karenzjahr, höhere Arbeitslosigkeit, aber auch die Wirkungen des Bundesbeitrags zur Pensionsversicherung als automatischer Stabilisator spielen eine Rolle) Daneben sind die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wohnbau überdurchschnittlich gestiegen. Hier werden neue Schwerpunkte gesetzt. Auf der anderen Seite wird versucht, den Anstieg der Ausgaben für die „übrige Hoheitsverwaltung“ zu bremsen. Auch der Rückgang im Bereich „Straßen“ nähert sich offenbar einer Untergrenze und dürfte künftig nur noch wenig Einsparungsspielraum bieten. Stark rückläufig ist der Anteil für „Industrie und Gewerbe“, wobei jedoch haushaltsrechtliche Veränderungen eine wichtige Rolle spielen. Insgesamt zeigen die Verschiebungen in der funktionellen

Gliederung der Ausgaben, daß sich mittelfristig die Bedingungen einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik erschweren könnten

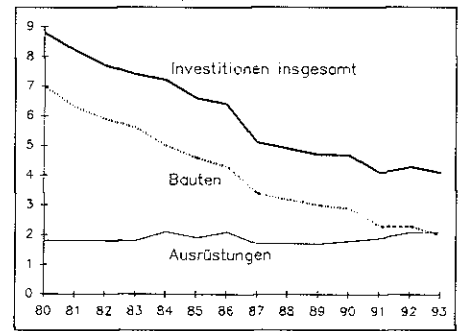
Die Gliederung der Ausgaben nach ökonomischen Kriterien läßt deutlich erkennen, daß die großen Verschiebungen der achtziger Jahre zum Stillstand gekommen sind. Der Anteil der Ausgaben für öffentliche Leistungen, der von mehr als 45% Anfang der achtziger Jahre auf unter 40% Anfang der neunziger Jahre gesunken ist, hält nun seit einigen Jahren etwa dieses Niveau, weil offenbar eine gewisse Untergrenze erreicht ist. Andererseits hat der Anstieg der Finanzierungsausgaben ein Ende gefunden. Diese Ausgaben liegen seit Ende der achtziger Jahre bei rund 30% der Gesamtausgaben. Der Anteil der Transfers entwickelte sich recht kontinuierlich. Er liegt ebenfalls mit geringen Schwankungen bei etwas mehr als 30%.

Insgesamt gibt der Bund im nächsten Jahr 258,8 Mrd S für die Erstellung öffentlicher Leistungen aus, das entspricht einer Steigerung von 4%. Damit können die Preissteigerungen kompensiert werden, eine reale Ausweitung öffentlicher Leistungen ist jedoch nicht vorgesehen. Die Transfers sind mit 211,4 Mrd S veranschlagt (+4,3%). Gemessen an der voraussichtlichen Entwicklung des Verbraucherpreisindex ermöglicht diese Zunahme eine geringfügige reale Erhöhung. Die Finanzierungsausgaben sind mit 212,4 Mrd S präliminiert. Sie steigen damit etwas schwächer als die Gesamtausgaben.

**Umschichtungen in den Investitionen**

Die Investitionsausgaben haben in den letzten Jahren einen erheblichen Beitrag zur zurückhaltenden Ausgabenentwicklung und damit zur Budgetkonsolidierung geleistet. Das läßt

**Investitionsquoten** *Abbildung 3*  
Anteil an der Gesamtausgaben in %



Die Bundesinvestitionen verlagern sich zunehmend zu den Ausrüstungen.

sich auch in anderen Ländern beobachten. Insgesamt hat der Bund für 1993 28,3 Mrd S für Direktinvestitionen veranschlagt, etwa gleich viel wie 1992. Das würde einen realen Rückgang bedeuten. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß durch die Gründung der Bundesimmobiliengesellschaft Investitionsausgaben (von 0,3 Mrd S) unmittelbar aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert werden. Außerdem werden auch in anderen

**Die Investitionsausgaben haben in den letzten Jahren einen erheblichen Beitrag zur zurückhaltenden Ausgabenentwicklung und damit zur Budgetkonsolidierung geleistet.**

Bereichen Investitionen von Sondergesellschaften vorgenommen. Der Bundeshaushalt liefert daher nur noch ein unvollständiges Bild über die Investitionstätigkeit des Bundes.

In der Struktur der Investitionen zeigt sich eine deutliche Verlagerung von Bauten zu Ausrüstungen. Anfang der achtziger Jahre entfielen noch rund 80% der Investitionen des Bundes auf Bauten und 20% auf Ausrüstungen. 1993 hingegen wird erstmals mehr für Ausrüstungen als für Bauten ausgegeben. Da der Importanteil an den Ausrüstungsinvestitionen höher ist als an den Bauinvestitionen, werden durch diese Verlagerungen auch die Nachfragewirkungen der (globalen) Ausgaben für Investitionen gedämpft. Unter den Ausrüstungen sind vor allem Sonderanlagen (im Bereich der Betriebe) und Maschinen (EDV-Anlagen) die wichtigsten Komponenten.

Im Gegensatz zu den Investitionen werden die Ausgaben für Instandhal-

**Ausgaben in ökonomischer Gliederung** *Übersicht 6*

	1991 Erfolg	1992 Schätzung	1993 Bundesvoranschlag	1992/93 Veränderung in %
	Mrd S			
Ausgaben	619,9	656,5	682,6	+4,0
Erstellung von Leistungen	230,5	248,9	258,8	+4,0
Umverteilung	189,3	202,6	211,4	+4,3
Finanzierung	200,0	205,0	212,4	+3,6

tungen kräftig erhöht (+13%). Hier liegt der Schwerpunkt nach wie vor bei der Instandhaltung von Bauten, für die 1993 6,6 Mrd S vorgesehen sind (+10,5%) Langfristig zeigt sich eine gewisse Verlagerung von den Neubauten zu den Instandhaltungen Die Sachausgaben für die Landesverteidigung sind von der Konsolidierung ebenfalls erheblich betroffen Sie werden 1993 um nur rund 2% ausgeweitet, das bedeutet einen realen Rückgang.

Im Rahmen der laufenden Sachausgaben steigen die Aufwendungen für Mieten durch die BIG erheblich (+1,1 Mrd. S) Diesen Mehrausgaben stehen allerdings auch Einnahmen aus Überweisungen der BIG an den Bund gegenüber Insgesamt betragen die Ausgaben des Bundes für Mieten (wozu auch Leasingraten gehören) 1993 6,4 Mrd. S.

**Unterschiedliche Entwicklung der Transfers**

Aus dem Bundeshaushalt fließen 1993 rund 373,0 Mrd S unmittelbar an die *privaten Haushalte* (+4,0%). Damit stammen mehr als 18% der gesamten *persönlichen Bruttoeinkommen* in Österreich aus dem Bundeshaushalt. Dieser Zuwachs reicht aus, die erwartete Preissteigerung zu kompensieren, trägt aber nicht zu einer realen Zunahme der Einkommen bei Die Ausgaben an die privaten Haushalte lassen sich in den *Personalaufwand* für aktive Bedienstete und die *Transfers* gliedern.

Für den *Personalaufwand der aktiven Bediensteten* (einschließlich Landeslehrer und *personalaufwandsähnliche Zahlungen*) sind 1993 161,6 Mrd S vorgesehen. Das wäre um 3,7% mehr, als für 1992 als voraussichtliches Ergebnis erwartet wird Unter Berücksichtigung der Zunahme des „ver-

schlagten Personalstandes“ (+0,2%) und der verschiedenen Mehrausgaben für Nebengebühren reichen die veranschlagten Personalausgaben nicht ganz aus, die vereinbarte allgemeine Gehaltserhöhung von 3,95% für 1993 zu decken

Für die Landeslehrer sind 29,3 Mrd S vorgesehen Die Zuwachsrate dieser Ausgaben liegt höher als für die aktiven Bundesbediensteten, wenn man für 1992 von dem voraussichtlichen Ergebnis ausgeht.

Die *personalaufwandsähnlichen Zahlungen* (sie werden formal im Sachaufwand verrechnet) fließen teils (aktiven) Bundesbediensteten zu — etwa Aufwandsentschädigungen, Auslandszulagen —, teils Personen, die nicht in einem Dienstverhältnis zum Bund stehen, aber Leistungen erbringen (Universitätslektoren, Personen mit Arbeitsleihverträgen usw.) Für diese Position sind 1993 insgesamt 9,2 Mrd. S veranschlagt (+3,4%)

Für *Transfers* stehen 211,4 Mrd S zur Verfügung (+4,3%) Ihre einzelnen Komponenten entwickeln sich sehr unterschiedlich Der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung und die Ausgaben im Rahmen der Arbeitslosenversicherung (einschließlich Karenzurlaubsgeld) wachsen überdurchschnittlich, die Familienbeihilfen, die Ausgaben im Rahmen der Kriegsopferversorgung und die sonstigen Transfers hingegen unterdurchschnittlich.

Der *Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung* erfordert 1993 54,1 Mrd S Das ist eine Zunahme gegenüber dem voraussichtlichen Ergebnis 1992 von mehr als 9%. Sie ist insofern verzerrt, als 1992 noch durch verschiedene budgetbegleitende Maßnahmen 4,8 Mrd S aus anderen Quellen zur Finanzierung der Pensionen aufgebracht wurden; dieser Aufwand fällt

1993 weg. Die Pensionen werden 1993 um 4% erhöht Die Ausgaben für Ausgleichszulagen stagnieren, sie erfordern 9,5 Mrd S. Insgesamt deckt der Bund 1993 26,5% der Ausgaben der Pensionsversicherungsträger (1992 25,9%)

In der Arbeitslosenversicherung sind zwei Komponenten für die steigenden Aufwendungen maßgeblich: die steigende Zahl der Arbeitslosen und die Einführung des Anspruchs auf ein zweites Karenzurlaubsjahr. Die Arbeitslosenquote wird 1993 auf 6,2% steigen (1992 5,9%) Das entspricht einer Zunahme der Arbeitslosenzahl um rund 13 000 Personen oder 6,7% Der starke Anstieg der Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung geht aber vor allem auf das zweite Karenzjahr zurück. Für das Karenzurlaubsgeld insgesamt (einschließlich Krankenversicherung) sind 1993 9,1 Mrd S vorgesehen, im Vergleich zu 1991 haben sich diese Ausgaben damit nahezu verdoppelt Allerdings wird ein Teil (5,5 Mrd S) vom Familienlastenausgleichsfonds ersetzt.

Die Pensionen der Bundesbediensteten (einschließlich Landeslehrer) sind für 1993 mit 61,6 Mrd. S veranschlagt (im Vergleich zum voraussichtlichen Ergebnis 1992 bedeutet dies eine Zunahme um 3,6%). Wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der Pensionisten weiter zunimmt, wäre nur eine geringe Steigerungsrate der Pensionen im kommenden Jahr möglich. Die Ausgaben für die Familienbeihilfen (37,4 Mrd. S) und die Kriegsopferversorgung (6,4 Mrd. S) steigen jeweils um rund 1,6% Ihre Zuwachsraten sind durch die demographische Entwicklung stark gedämpft

**Zurückhaltung in den Finanzierungsausgaben**

Die *Finanzierungsausgaben* sind recht heterogen Rund zwei Drittel dieser Aufwendungen entfallen auf den *Finanzschuldenaufwand* (ohne *Tilgungen*) und die *Transfers an andere Träger öffentlichen Rechts* Vom *Finanzschuldenaufwand* in Höhe von 88,6 Mrd. S sind 86,2 Mrd S für Zinsen und 2,4 Mrd S für den sonstigen Aufwand (Provisionen, Emissionsverluste u. ä.) vorgesehen. In den *Zinsen* sind 1993 *erstmalig* auch Ausgaben für das Aufgeld für die Prämienanlei-

**Ausgaben an private Haushalte**

**Übersicht 7**

	1991 Erfolg	1992 Schätzung	1993 Bundesvoranschlag	1992/93 Veränderung
	Mrd S			In %
Personalaufwand <sup>1)</sup>	146,5	155,9	161,6	+3,7
Transfers an private Haushalte	189,3	202,6	211,4	+4,3
Insgesamt	335,9	358,5	373,0	+4,0
In % des persönlichen Bruttoeinkommens	18,7	18,6	18,2	

<sup>1)</sup> Aktive Bedienstete einschließlich Landeslehrer personalaufwandsähnliche Ausgaben im Sachaufwand

**Ausgaben zur Finanzierung**

Übersicht 8

	1991 Erfolg	1992 Schätzung	1993 Bundesvor- anschlag	1992/93 Veränderung In %
	Mrd S			
Finanzschuldenaufwand <sup>1)</sup>	76,4	82,0	88,6	+ 8,0
Transfers an andere Träger öffentlichen Rechtes	51,0	56,4	60,0	+ 6,4
Investitionsförderung	16,8	17,8	18,7	+ 5,1
Transfers an Unternehmungen <sup>2)</sup>	38,1	38,2	35,7	- 6,5
Sonstige	17,8	10,6	9,4	- 11,2
<b>Insgesamt</b>	<b>200,0</b>	<b>205,0</b>	<b>212,4</b>	<b>+ 3,6</b>

<sup>1)</sup> Ohne Tilgungen einschließlich Swap-Zinsen — <sup>2)</sup> Einschließlich Haftungen

hen (Nullkuponanleihen) vorgesehen; ihnen stehen allerdings Einnahmen aus Überweisungen aus den Nullkuponfonds (1,3 Mrd. S) gegenüber. Schließlich sind in den Zinsausgaben auch 7,9 Mrd. S an Aufwendungen aus Währungstauschverträgen enthalten, denen ebenfalls Einnahmen gegenüberstehen. Insgesamt betragen daher die saldenwirksamen Zinsen rund 77,0 Mrd. S. Rund 85% der Zinsausgaben entfallen auf die Inlandschuld und etwa 15% auf die Schulden in fremder Währung. Ein wichtiger Indikator für den Budgetspielraum ist die Zinsen-Steuerquote (Relation zwischen Zinsaufwand und Netto-Steuererträgen). 1991 lag sie bei 21,7%, 1993 wird sie auf 21,4% sinken.

**Die Zinsen-Steuerquote ist rückläufig. Das signalisiert einen vergrößerten Budgetspielraum.**

Die zweite große Komponente der Finanzierungsausgaben, die *Transfers an andere Träger öffentlichen Rechtes*, ist für 1993 mit rund 60 Mrd. S veranschlagt (das ist um 6,4% mehr als 1992). Einschließlich der Überweisungen des Personalaufwands für die Landeslehrer und an die Sozialversicherungsträger fließen mehr als 163 Mrd. S vom Bund an die anderen Bereiche des öffentlichen Sektors.

Ein wichtiger Teil dieser Transfers an die anderen Träger öffentlichen Rechtes sind die Überweisungen für die *Wohnbauförderung*, insgesamt rund 23,8 Mrd. S (+6,2% gegenüber 1992). Die Entwicklung dieser Überweisungen hängt größtenteils vom Aufkommen an Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuer ab.

Der Bund stützt ferner die finanzschwächeren Länder (durch den Er-

tragsanteilekopffquotenausgleich mit 1,6 Mrd. S) und Gemeinden (mit 0,8 Mrd. S). Dazu kommt eine Reihe von Transfers, die meist für bestimmte Aufgaben zweckgewidmet sind (Umweltschutz, Beseitigung von Katastrophenschäden usw.).

Auch die Überweisungen an verschiedene Fonds und sonstige Träger öffentlichen Rechtes sind größtenteils für bestehende Aufgaben gewidmet. Langfristig nimmt die Verflechtung zwischen dem Bund und den anderen Trägern öffentlichen Rechtes zu.

Der Bund hat für Kredite, die von anderen Schuldnern aufgenommen wurden, die *Haftung* übernommen und zahlt dafür die Zinsen und Tilgungen. Das gilt insbesondere für die Kredite der ÖIAG und der ASFINAG. Insgesamt fallen 1993 für die Zinsen dieser Kredite rund 9,5 Mrd. S an (die Tilgungszahlungen werden im Ausgleichshaushalt verrechnet). Im Rahmen der Haftungen hat der Bund darüber hinaus für die Exportförderung Zahlungen zu leisten. Insgesamt sind die Ausgaben für die *Exportförderung* mit 13,8 Mrd. S präliminiert, wovon jedoch 11,2 Mrd. S durch Einnahmen gedeckt sind. Der Budgetsaldo wird dadurch mit 2,6 Mrd. S belastet. Die Zahlungen an Banken sind 1993 mit 15 Mrd. S angesetzt (1992 1,1 Mrd. S). Insgesamt erfordern aber die Haftungen weniger Mittel als im laufenden Jahr. Das erklärt zu einem erheblichen Teil den Rückgang der Transfers an Unternehmen.

Deutlich geringer dotiert sind im Voranschlag auch die Mittel für die Darlehensgewährung und die Aufstockung von Beteiligungen. Für Darlehen werden 1993 nur noch 1,4 Mrd. S bereitgestellt (1992 rund 2 Mrd. S), für Beteiligungen sind rund 2,2 Mrd. S vorgesehen. Die Aufstockung der Beteili-

gungen betrifft größtenteils die internationalen Finanzinstitutionen und im Inland die Banken sowie Dienstleistungsunternehmen.

Die Wirtschaftsförderung entwickelt sich für die einzelnen Wirtschaftszweige recht unterschiedlich. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft lassen sich deutliche Umschichtungen erkennen. Die Mittel für die marktpolitischen Maßnahmen (Förderung von Brotgetreide, tierischen Produkten, Milch- und Milchprodukten) stagnieren, für die Fruchtfolgeförderung sowie für qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen stehen hingegen deutlich mehr Ausgaben zur Verfügung. Ebenso wurden die Aufwendungen für den Bergbauernzuschuß spürbar erhöht (1993 1,09 Mrd. S; 1992 1,0 Mrd. S). Die Zinsenzuschüsse für die Agrarinvestitionskredite bleiben unverändert.

Die Förderungen für den Fremdenverkehr sowie für Industrie und Gewerbe werden 1993 teilweise weiter reduziert. Die Budgetkonsolidierung spiegelt sich in diesem Bereich deutlich. Für Aktionen im Bereich des Fremdenverkehrs sind 1993 mit 0,39 Mrd. S merklich weniger Ausgaben vorgesehen als 1992 (0,45 Mrd. S; 1991 0,42 Mrd. S). In den einzelnen Aktionen für Industrie und Gewerbe wirkt sich die Budgetkonsolidierung recht unterschiedlich aus. Die Mittel für Förderungen nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz und für die Bürges-Aktion schrumpfen, jene für die Top-Aktion bleiben mit 0,4 Mrd. S unverändert, wogegen die Mittel für die Finanzierungsgarantiesgesellschaft (FGG) kräftig aufgestockt werden. Insgesamt sind allerdings für Industrie und Gewerbe 1993 mit 1,4 Mrd. S mehr Mittel vorgesehen als 1992 (1,15 Mrd. S). Diese Zunahme geht ausschließlich auf die FGG zurück. Andererseits werden die Zuschüsse an die Unternehmen nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz reduziert.

**Steuern als Finanzierungsquelle wichtiger**

Die Bedeutung der Steuern für die Budgetfinanzierung hat in den letzten Jahren wieder deutlich zugenommen. Fast 58% der Gesamteinnahmen des

**Einnahmen in ökonomischer Gliederung**

Übersicht 9

	1991 Erfolg	1992 Schätzung Mrd S	1993 Bundesvoran- schlag	1992/93 Veränderung In %
Steuern (netto)	309,9	338,1	359,3	+6,3
Steuerähnliche Einnahmen	75,6	86,2	91,1	+5,7
Betriebseinnahmen	84,8	90,1	93,1	+3,4
Sonstige	86,8	74,8	79,4	+6,2
<b>Insgesamt</b>	<b>557,2</b>	<b>589,2</b>	<b>623,0</b>	<b>+5,7</b>
	Anteile in %			
Steuern (netto)	55,6	57,4	57,7	
Steuerähnliche Einnahmen	13,6	14,6	14,6	
Betriebseinnahmen	15,2	15,3	15,0	
Sonstige	15,6	12,7	12,8	
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	

Allgemeinen Haushalts entfallen auf die Steuern. Sie finanzieren damit mehr als die Hälfte der (präliminierten) Ausgaben. Die steuerähnlichen Einnahmen — sie sind für verschiedene Aufgaben zweckgebunden — gewinnen ebenfalls an Bedeutung. Sie erbringen mit 91,1 Mrd S rund 14,6% der Gesamteinnahmen. Die Einnahmen der Betriebe (1993 93,1 Mrd S) verlieren hingegen an Gewicht. Ihr Anteil geht auf 15% zurück (1992 15,3%; 1991 15,2%). Die sonstigen Einnahmen (1993 79,4 Mrd S) bringen fast 13% der gesamten Einnahmen. Ihre Quote schwankt stark.

**Familienpaket, Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf Zinsen und Umstellung in der Kfz-Besteuerung prägen 1993 das Steueraufkommen.**

Die Bruttoeinnahmen an Steuern sind mit 535,9 Mrd S präliminiert. Das entspricht einer Zunahme von 5,9%. Damit bleibt die Steuerquote im engeren Sinn (Anteil der Steuern am Brutto-Inlandsprodukt) konstant. Die Steuerschätzungen beruhen auf der WIFO-Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom September 1992.

Das Steueraufkommen ist im nächsten Jahr von drei Maßnahmen geprägt: dem Familienpaket, der Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf Zinsen und der Neugestaltung der Kfz-Besteuerung.

Durch das Familienpaket werden Kinderabsatzbeträge eingeführt (bzw. erhöht). Für das erste Kind beträgt der Absatzbetrag 375 S, für das zweite

Kind 525 S und ab dem dritten Kind 700 S (pro Kind). Diese Absatzbeträge gelten für alle Kinder; bis 1992 werden Absatzbeträge nur für Kinder von Alleinvertierern (Alleinerhaltern) gewährt. Außerdem wird der Alleinvertierer-(Alleinerzieher-)Absatzbetrag auf 5 000 S aufgestockt (bisher 4 000 S). Gleichzeitig werden die Kinderstaffel für die sonstigen Bezüge und die Berücksichtigung der Kinder in den Sonderausgaben aufgehoben.

Der Nettoeffekt (Einnahmefall) aus dem Familienpaket beträgt rund 7 Mrd S und wirkt sich in der Lohnsteuer und der Einkommensteuer aus. Durch diese Maßnahmen wird für 1993 der Progressionseffekt in der Lohnsteuer egalisiert. Der Anteil der Lohnsteuer an den Masseneinkommen bleibt im nächsten Jahr mit 10,4% auf dem Niveau des laufenden Jahres. Er liegt damit noch geringfügig unter dem Niveau vor der Steuerreform 1988 (10,5%). Die Einnahmen aus der Einkommensteuer werden

1993 mit 36,0 Mrd S durch das Familienpaket geringer sein als 1992.

Die Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf Zinsen von 10% auf 22% bringt Mehreinnahmen von etwas mehr als 8 Mrd S. Dabei ist berücksichtigt, daß die Wertpapiere im nächsten Jahr im Durchschnitt mit 17,5% besteuert werden, weil für sie der Satz je nach der Kuponfälligkeit (quartalsweise) gestaffelt ist. Außerdem können gewisse Umschichtungseffekte, die das Aufkommen dämpfen, nicht ausgeschlossen werden. Insgesamt sind die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer auf Zinsen mit 19 Mrd S präliminiert.

Die Neuordnung der Kfz-Steuer tritt am 1. Mai 1993 in Kraft. Die Bemessungsgrundlage wird vom Hubraum auf Kilowatt umgestellt, die Steuer wird nunmehr von den Versicherungen eingehoben. Überdies wird eine motorbezogene Versicherungssteuer eingeführt, sie wird 5 Mrd S bringen. Durch die Umstellung im Zahlungsrythmus der Versicherungssteuer sind 1993 Mindereinnahmen aus dieser Abgabe zu erwarten.

Schließlich dämpft auch die Umstellung in der Alkoholbesteuerung von der wertabhängigen Alkoholsteuer zu mengenabhängigen Abgaben das gesamte Steueraufkommen. 1992 bringen diese Steuern rund 4,5 Mrd S, 1993 sind sie mit 3,5 Mrd S präliminiert.

Die Steuern vom Aufwand und Verbrauch sind aber nicht nur wegen der Änderung der Alkoholbesteuerung gedämpft, sondern auch die Einnahmen aus Umsatzsteuer wachsen langsamer als das Brutto-Inlandspro-

**Steuereinnahmen**

Übersicht 10

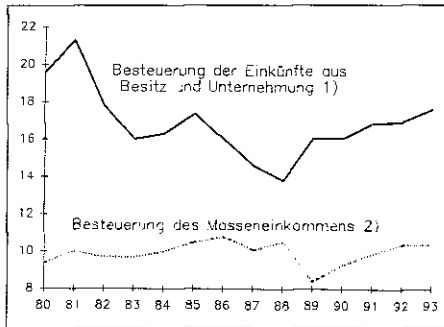
Brutto

	1991 Erfolg	1992 Schätzung Mrd S	1993 Bundesvoran- schlag	1992/93 Veränderung In %
Steuern	465,1	506,2	535,9	+5,9
Vom Einkommen	205,0	225,1	242,0	+7,5
Von Aufwand und Verbrauch	231,1	250,4	262,3	+4,7
Von Vermögen und Vermögensverkehr	19,2	20,3	20,8	+2,5
Von Einfuhren	9,8	10,4	10,7	+3,6
	Anteile in %			
Steuern	100,0	100,0	100,0	
Vom Einkommen	44,1	44,5	45,2	
Von Aufwand und Verbrauch	49,7	49,5	48,9	
Von Vermögen und Vermögensverkehr	4,1	4,0	3,9	
Von Einfuhren	2,1	2,0	2,0	

**Besteuerung der Einkommen**

Abbildung 4

Steuern in % der Einkommen



Die Besteuerung des Masseneinkommens liegt trotz steigender Quote 1993 noch unter dem Niveau vor der Steuerreform 1989.

<sup>1)</sup> Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuern in % des Einkommens aus Besitz und Unternehmung (ohne Staat) und der unverteilter Gewinne. — <sup>2)</sup> Lohnsteuer in % des Masseneinkommens (brutto).

dukt Neben den Verlagerungen in der Konsumstruktur zu jenen Gütern und Leistungen, die dem ermäßigten Satz unterliegen, spielt auch eine wichtige Rolle, daß durch neue Finanzierungsformen versucht wird, für Investitionen den Vorsteuerabzug zu erreichen. In der Vermögensteuer dämpft die Verschiebung des Hauptfeststellungszeitraums auf den 1. Jänner 1994 das Aufkommen

Die Steuerstruktur verlagert sich 1993 weiter zu den Steuern vom Einkommen. Ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen steigt auf 45,2% (1991 44,1%, 1992 44,5%). Dazu trägt die Progressionswirkung bei, aber auch die erhöhte Kapitalertragsteuer auf Zinsen. Der Anteil der einkommensabhängigen Steuern an den Einkommen aus Besitz und Unternehmen ist seit 1988 gestiegen, liegt aber auch 1993 unter dem Niveau von Anfang der achtziger Jahre. Die Steuern vom Aufwand und Verbrauch, aber auch vom Vermögen und Vermögensverkehr gehen langfristig zurück. Mit dieser Verlagerung nähert sich die österreichische Steuerstruktur jener der westeuropäischen Industrieländer

Vom Brutto-Steueraufkommen bleiben dem Bund rund zwei Drittel. Ein Drittel wird als Ertragsanteile aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben an die Länder und Gemeinden überwiesen sowie als Abgeltungsbeträge und Anteile für bestimmte Aufgaben ver-

wendet. Diese fließen in den Bundeshaushalt zurück (Abgeltungsbetrag und Anteil an den Familienlastenausgleichsfonds, den Katastrophenfonds sowie den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds). Diese Überweisungen an die Gebietskörperschaften und Fonds steigen etwas stärker als das Bruttoaufkommen

Die steuerähnlichen Einnahmen sind stark von der Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme geprägt. Ihre Zuwachsrate im Voranschlag für 1993 entspricht auch annähernd der erwarteten Entwicklung der Löhne und Gehälter. Die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 4,9% auf 5,3% ist noch nicht berücksichtigt. Für den Budgetsaldo spielt das jedoch keine Rolle, weil diese Einnahmen zweckgebunden sind.

Die Einnahmen der Betriebe steigen 1993 mit +3,4% merklich schwächer als das Brutto-Inlandsprodukt, aber auch als die Gesamteinnahmen. Dies ist teils auf Sonderfaktoren zurückzuführen: In den Einnahmen der Bundesbahn sind durch die Umstellung der Kfz-Besteuerung die Anteile für den Nahverkehr 1993 um rund 1 Mrd. S. geringer präliminiert als 1992. Das dämpft die Einnahmen der Bahn spürbar. Außerdem rechnet die Bahn für 1993 mit niedrigeren Einnahmen aus Grundverkäufen. Unter den Leistungseinnahmen sind sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr die Zuwachsraten gering.

Die Post rechnet im Fernmeldebereich mit hohen Zuwachsraten. In den anderen Sektoren (Postverkehr, aber auch im Omnibusverkehr) sind die Zuwächse hingegen schwach.

Die sonstigen Einnahmen sind in ihrer Entwicklung von Veräußerungserlösen geprägt. Für 1993 sind Veräußerungen von rund 7 Mrd. S. geplant. Dazu zählen neben dem Verkauf der Anteile an den Illwerken auch Verkäufe von Beteiligungen an Banken und sonstigen Dienstleistungsunternehmen. Den Rücklagen werden 3,1 Mrd. S. entnommen, 2 Mrd. S. davon entfallen auf die Ausgleichsrücklage. Dennoch sind die Rücklagenentnahmen 1993 geringer als 1992. Die BIG liefert 0,87 Mrd. S. ab. Diese Einnahmen können jedoch nicht den Wegfall der Sonderdividende der Ta-

bakwerke und Salinen kompensieren (1992 2 Mrd. S.)

**Zusammenfassung**

Der Voranschlag 1993 ist durch die Fortsetzung des Konsolidierungskurses geprägt. Wenngleich die Budgetsalden darauf hindeuten, daß der Bundeshaushalt konjunkturalneutral sein wird, sind dennoch zusätzliche (positive) Impulse nicht auszuschließen. Das Familienpaket erhöht die verfügbaren Einkommen um 5 Mrd. S. und stärkt damit den privaten Konsum. Die Kapitalertragsteuer wird erst zeitverschiebend wirksam und dämpft dadurch diese Wirkungen kaum. Die Transferausgaben steigen etwas stärker als die Preise und stützen daher auch die Einkommen der privaten Haushalte. Die Impulse für die Infrastrukturinvestitionen werden größer sein, als der Bundeshaushalt erkennen läßt, weil er sie aufgrund der Ausgliederungen nur noch unzureichend spiegelt.

Wenn die Wirtschaftsentwicklung 1993 merklich unter den Annahmen bleiben sollte, die dem Bundesvoranschlagsentwurf 1993 zugrunde liegen (WIFO-Prognose vom September 1992), dann bietet das Bundesfinanzgesetz (Art. III) Möglichkeiten gegenzusteuern. Als diskretionäre Maßnahme könnte der Konjunkturausgleichshaushalt (teilweise) eingesetzt werden. Einnahmehäufungen (bis zu 3% der Gesamteinnahmen) könnten durch zusätzliche Kreditaufnahmen gedeckt werden. Das würde die automatischen Stabilisatoren wirksam werden lassen.

Mittelfristig läßt der wachsende Primärüberschuß vermuten, daß es gelingt, die Schuldenquote zu stabilisieren. Wenn im Vollzug der Voranschlag eingehalten werden kann, bringt die deutlich zurückhaltende Ausgabenpolitik, die auf alle Bereiche ausgedehnt wird, für die mittelfristige Entwicklung zusätzliche positive Impulse. Gelingt es, das Nettodefizit — wie geplant — auf 2,7% im Jahre 1993 zu reduzieren, dann dürfte — unter der Annahme, daß kein Konjunkturerstbruch folgt — die mittelfristige Zielsetzung, die Neuverschuldung bis 1994 auf 2½% zu reduzieren, erreichbar sein.